



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

12. Sitzung (öffentlich)

2. Oktober 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:15 Uhr

Düsseldorf – Haus des Landtags

Vorsitz: Sonja Bongers (SPD)

Protokoll: Eva M. Kiwitt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesundheitsbericht der Landesregierung – Auswertung von Fehlzeiten der Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2017

Vorlage 17/1114

Vor der Beantwortung der Fragen der Abgeordneten merkt **LMR Ulrich Schulik (IM)** an, dass die Landesregierung von der Begrifflichkeit des „Krankenstandsberichtes“ abgewichen sei und nun den Begriff „Gesundheitsbericht“ gewählt habe.

Die diversen Maßnahmen, um dem Krankenstand zu begegnen, werden von den einzelnen Ressorts und Behörden in eigener Verantwortung auferlegt. Mit der Einrichtung der Stabstelle für das Gesundheitswesen in der Landesverwaltung wurde begonnen, eine Erhebung vorzunehmen, welche Maßnahmen und Projekte in den Häusern aufgelegt wurden. Das Ministerium des Innern definiere zurzeit, Mindeststandards für das Gesundheitsmanagement. Im Rahmen regelmäßiger Evaluationen solle nachgehalten werden, wie diese Mindeststandards in den einzelnen Behörden eingehalten werden bzw. eingehalten werden können.

2 Stellenbesetzung bei den Bezirksregierungen

Bericht der Landesregierung
Vorlage 171165

Horst Becker Grüne konstantiert, dass die erbetene Vorlage (Überblick, geordnet nach Dezernaten, wie sich die Stellenbesetzung prozentual darstelle bzw. wie viele Stellen in den Bezirksregierungen nicht besetzt seien), um die er bereits in den Sitzungen am 10.07. und 11.09.2018 gebeten habe, erneut nicht vorgelegt wurde.

Stefan Zimkeit SPD bittet ebenfalls um die Übermittlung der Vorlage bis Mitte Oktober, wie in der Vorlage 17/1165 zugesagt.

LMRin Susanne Scherers (IM) nimmt Stellung und sagt zu, dass der Bericht Mitte Oktober 2018 vorgelegt werde und entsprechend in der Sitzung am 06.11.2018 aufgerufen werden könne.

3 Stellenbesetzung in der Landesverwaltung

sowie

Tarifbeschäftigte bei Polizei und Finanzverwaltung

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1171

Zu den Universitätskliniken bittet **Stefan Zimkeit SPD** um Prüfung, ob doch eine Möglichkeit bestehe, per Abfrage etc. die entsprechenden Zahlen erhalten zu können. Zunächst weist **RBr Olaf Kurpiers (MKW)** darauf hin, dass die Stellen nicht im Haushalt verankert seien; die Beschäftigten werden aus der Krankenhausfinanzierung getragen. Er sagt zu, entsprechende Zahlen zum Stichtag 30.09. zur Verfügung zu stellen.

Aus dem Bereich der Finanzverwaltung beantragt **Horst Becker Grüne** die Vorlage einer Übersicht über die Ausbildungsgänge bei den Beamten in den nächsten Jahren. Diese solle möglichst zum Berichterstattergespräch des Einzelplans 12 bereitgestellt werden.

Im Bereich der Landesbetriebe nimmt **Stefan Zimkeit SPD** Bezug auf die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse und deren Beschäftigung ohne Sachgrund. Dort

falle der Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen mit 92 Befristungen ohne Sachgrund auf.

Die Vertreterin des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, **MRin Katrin Hölting-Bormann**, erklärt, dass es dort entweder um sogen. Anschlussverträge nach der Ausbildung oder mit dem Ende des Referendariats zu tun habe, wenn sie nicht unmittelbar übernommen werden können. Außerdem bilde der Landesbetrieb über Bedarf aus, so dass nicht Jede/r die Möglichkeit einer Anschlussbeschäftigung bekommen könne.

Im Nachgang zur Erörterung bittet **Stefan Zimkeit SPD** um die Übersendung einer Vorlage, aus der erkennbar sei, wie viele von den 92 Befristungen ohne Sachgrund unter den Grund der Frage der Ausbildung fallen und wie viele aus anderen Gründen befristete Anschlussverträge (ohne Sachgrund) erhalten.

Die Darstellung werde für alle betroffenen Landesbetriebe erbeten.

4 Verschiedenes

Die **Vorsitzende** weist auf die nächste Sitzung am 6. November 2018, die um 15.00 Uhr beginnen solle, hin.

gez. Sonja Bongers
(Vorsitzende)

02.10.2018/12.10.2018